

«Kinder-/Jugendhilfe-Radar» der Taskforce Kinder und Jugend: Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

1. Einleitung

Die Corona-Pandemie hat gravierende Auswirkungen auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen. Für viele von ihnen sind die einschränkenden Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie belastend. Welche Langzeitfolgen sich bei diesen Kindern und Jugendlichen zeigen werden, wissen wir heute noch nicht. Angesichts dieser besorgniserregenden Situation hat die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) im November 2020 eine Taskforce «Kinder und Jugend» ins Leben gerufen, die verschiedene interkantonale Konferenzen (SODK, KOKES) und Bundesämter (BSV, BJ, BAG) vereint. Im Laufe der vergangenen Monate hat die Taskforce regelmässig Empfehlungen an die kantonalen Verantwortlichen für Kinder- und Jugendpolitik gerichtet. Zugleich ist sie in verschiedenen Fragen beim BAG vorstellig geworden, um die Auswirkungen der Massnahmen zur Pandemiebekämpfung auf Kinder und Jugendliche so gering wie möglich zu halten.

Im Juni 2021 hat die Taskforce zudem entschieden, sich mithilfe einer Umfrage bei den kantonalen Verantwortlichen für Kinder- und Jugendpolitik und deren Leistungserbringern¹ ein genaueres Bild über die Lage in der Kinder- und Jugendhilfe zu verschaffen. Mit separatem Fragebogen wurden auch ausgewählte grosse nationale Organisationen einbezogen, die im Kinder- und Jugendbereich tätig sind. Mit der Umfrage wurden ausserdem Beispiele guter Praktiken erhoben, die in den Kantonen umgesetzt worden sind.

Das Wichtigste auf einen Blick:

- Nach Ansicht der konsultierten Personen **hat sich die generelle Situation der Kinder, Jugendlichen und Familien, die von den Mitarbeitenden ihrer Organisationseinheit betreut werden, im Vergleich zur Situation vor der Pandemie eher verschlechtert.**
- Etwas mehr als die Hälfte der befragten Personen ist der Meinung, dass es den **Kindern und Jugendlichen, mit denen sie zu tun haben, mittelmässig** geht.
- Bezüglich Themen der Kinder- und Jugendhilfe, bei denen die Verantwortlichen für Kinder- und Jugendpolitik momentan Handlungsbedarf sehen, wurden Probleme der **psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen am häufigsten genannt. Ebenfalls als prioritär wurde der Handlungsbedarf in Zusammenhang mit dem allgemeinen Empfinden von Kindern und Jugendlichen (z. B. mangelnde Perspektiven, fehlende Motivation) angesichts der aktuellen Situation eingestuft.**
- Generell ist festzustellen, dass die Gesundheitskrise vor allem **bereits bestehende Probleme verschärft hat und dass es noch schwieriger geworden ist, die verletzlichsten Familien zu erreichen.**

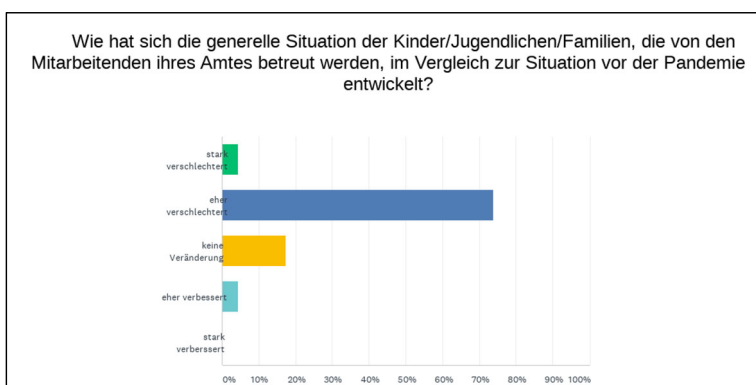
¹ Die kantonalen Verantwortlichen für Kinder- und Jugendpolitik wurden gebeten, den kantonalen Organisationen einen spezifischen Fragebogen weiterzuleiten, darunter zwingend folgenden fünf Organisationen: Kinder- und Jugendpsychiatrie, Schulsozialarbeit, Fachstelle der Offenen Kinder und Jugendarbeit, kantonales Jugendamt und KESB. Zusätzlich waren von den folgenden Organisationen fünf weitere nach Wahl anzuschreiben: Sozialdienste (sofern sie mit Kinderschutzfragen zu tun haben), Berufsbeistandschaften, stationäre Einrichtungen, familien- und schulergänzende Kinderbetreuung, spezialisierte Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche (Suchtberatung u. a.), sozialpädagogische Familienbegleitung, Fachstelle Frühe Förderung, Mütter-/Väterberatung, Erziehungsberatungen, Jugendintervention Kantonspolizei, Kinderspitäler.

2. Methodik

Die Verantwortlichen für Kinder- und Jugendpolitik von 20 Kantonen haben an der Umfrage teilgenommen (16 Deutschschweizer Kantone, 3 Westschweizer Kantone und das Tessin). Die Leistungserbringer retournierten 125 ausgefüllte Fragebogen (110 Fragebogen aus 16 Deutschschweizer Kantonen und 15 aus Kantonen der lateinischen Schweiz). Ausserdem beteiligten sich 10 nationale Organisationen an der Umfrage. Dieser sehr hohe Rücklauf verleiht den Umfrageergebnissen zweifellos Legitimität, auch wenn die Umfrage nicht als strenge wissenschaftliche Untersuchung durchgeführt worden ist, sondern in erster Linie darauf abzielte, ein generelles Bild der Situation in der Kinder- und Jugendhilfe zu skizzieren. Die Ergebnisse erlauben gewisse Rückschlüsse auf die hauptsächlichsten Probleme, mit denen die Kinder- und Jugendhilfe infolge der Gesundheitskrise konfrontiert war. Die detaillierten Ergebnisse werden den kantonalen Verantwortlichen für Kinder- und Jugendpolitik sowie den Umfrageteilnehmenden im Herbst im Rahmen eines virtuellen Anlasses vorgestellt.

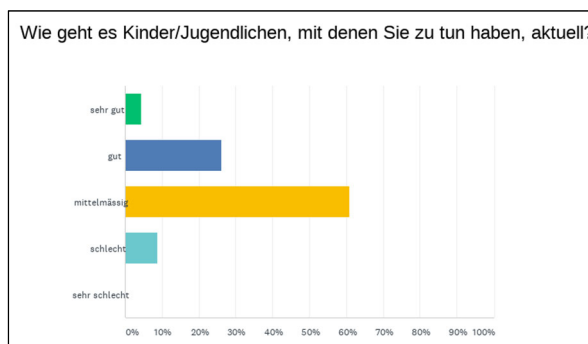
3. Die wichtigsten Ergebnisse

Die grosse Mehrheit (74 %) der kantonalen Verantwortlichen für Kinder- und Jugendpolitik ist der Ansicht, dass sich die **generelle Situation der Kinder, Jugendlichen und Familien, die von Mitarbeitenden ihres Amtes betreut werden, im Vergleich zur Situation vor der Pandemie eher verschlechtert hat**. Eine von sechs befragten Personen (17,4 %) ist der Meinung, dass keine Veränderung stattgefunden hat.



Die Antworten der konsultierten Leistungserbringer² und nationalen Organisationen³ fallen fast identisch aus. Zwei nationale Organisationen vertraten die Ansicht, dass sich die Situation stark verschlechtert habe, was die allgemeine Tendenz der übrigen eingegangenen Antworten allerdings nicht zu stützen scheint.

Etwas mehr als die Hälfte (61 %) der kantonalen Verantwortlichen für Kinder- und Jugendpolitik ist der Ansicht, dass **es den Kindern und Jugendlichen, mit denen sie zu tun haben, mittelmässig geht**. Ein Viertel der befragten Personen (26 %) ist der Meinung, dass es ihnen gut geht. Ca. eine von zehn Personen (9 %) ist der Meinung, dass es ihnen schlecht geht. Die Ergebnisse der konsultierten kantonalen Organisationen fallen fast identisch aus⁴.

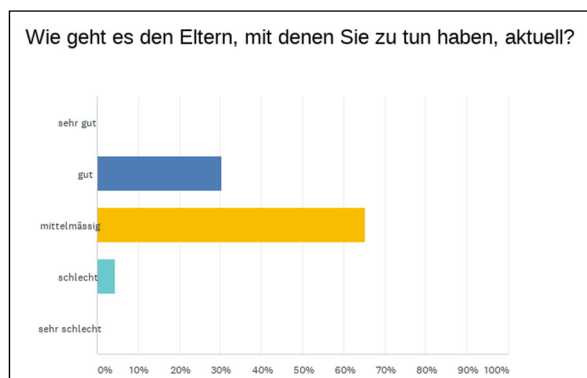


² 81 % sind der Ansicht, dass sich die generelle Situation der Kinder, Jugendlichen und Familien, die von den Mitarbeitenden ihres Amtes betreut werden, eher verschlechtert hat.

³ 70 % sind der Ansicht, dass sich die generelle Situation der Kinder, Jugendlichen und Familien, die von den Mitarbeitenden ihres Amtes betreut werden, eher verschlechtert hat.

⁴ Etwas mehr als die Hälfte (67 %) der Vertreterinnen und Vertreter der befragten kantonalen Organisationen ist der Ansicht, dass es den Kindern und Jugendlichen, mit denen sie zu tun haben, mittelmässig geht. Eine von sechs Personen (16 %) ist der Meinung, dass es ihnen gut geht. Ca. eine von acht Personen (13 %) ist der Meinung, dass es ihnen schlecht geht.

Richtet man den Blick auf die Eltern, so ist etwas mehr als die Hälfte (65 %) der kantonalen Verantwortlichen für Kinder- und Jugendpolitik der Ansicht, dass es **den Eltern, mit denen sie zu tun haben, mittelmässig geht**. Knapp ein Drittel der befragten Personen (30 %) ist der Meinung, dass es ihnen gut geht. Die Antworten der konsultierten Leistungserbringer weisen in dieselbe Richtung, wobei die Beurteilung insgesamt tendenziell negativer ausfällt⁵.



Im Vordergrund stehende Themen der Kinder- und Jugendhilfe

Bei den Themen der Kinder- und Jugendhilfe, bei denen die Verantwortlichen für Kinder- und Jugendpolitik momentan Handlungsbedarf sehen, wurden die Probleme der **psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen am häufigsten genannt**. In diesem Zusammenhang wurde in zahlreichen Antworten der Handlungsbedarf beim mangelnden Unterstützungsangebot angeführt. Eine weitere interessante Bemerkung, die aus der Umfrage hervorgeht, ist die Tatsache, dass **die Zunahme der Probleme der psychischen Gesundheit auch die jüngeren Kinder betrifft**.

Der Handlungsbedarf in Bezug auf das allgemeine Empfinden von Kindern und Jugendlichen angesichts der aktuellen Situation wurde ebenfalls als prioritäres Thema identifiziert. Mehrmals genannt wurden in diesem Zusammenhang vor allem mangelnde Perspektiven und fehlende Motivation. Weitere Nennungen betrafen das Gefühl, alleingelassen zu werden, die eingeschränkten Freiräume, Langeweile, Zukunftsängste von Kindern und Jugendlichen oder auch der generell stärkere Druck, der auf Familien lastet. Im Rahmen der Umfrage wurden wenig konkrete Ansatzpunkte genannt, wie gegen diese negativen Gefühle vorgegangen werden kann. Es handelt sich aber eindeutig um ein Thema, das die kantonalen Verantwortlichen für Kinder- und Jugendpolitik stark beschäftigt.

Die erwähnten Themen finden sich auch in den Antworten der Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Organisationen wieder, die ebenfalls nach den heute besonders im Vordergrund stehenden Themen befragt wurden. Von den Antwortvorschlägen wurden die folgenden Themen in der Reihenfolge ihrer Häufigkeit als prioritär bezeichnet: **psychische Belastung (Angst/Depression) (70 %)**, **Probleme mit der Schule/dem Beruf (63 %)**, **Konflikte (60 %)**, **Sorge um berufliche/finanzielle Zukunft (60 %)**, **Stress (50 %)** und **soziale Isolation (47 %)**.

Die Umfrage hat des Weiteren zutage gefördert, dass sich die Pandemie und insbesondere die strengen Massnahmen zu deren Eindämmung besonders negativ auf jene Angebote auswirkten, **die für die gute Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zentral sind**, weil sie ihre **besonderen Bedürfnisse erfüllen**. So wurden insbesondere die folgenden prioritären Handlungsfelder genannt: Kontakte mit Gleichaltrigen gewährleisten; Freizeit-, Sport-, Kulturangebote sowie die Offene Kinder- und Jugendarbeit aufrechterhalten; sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche über Freiräume und Möglichkeiten verfügen, sich zu entwickeln, mitzuwirken, gefördert zu werden.

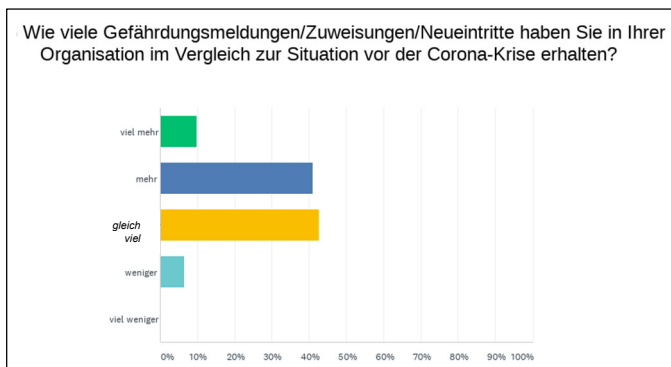
Schliesslich sind auch die **Auswirkungen der Gesundheitskrise im Bereich Schule und Ausbildung** ein Thema, das die Befragten besonders beschäftigt. Zu den Feststellungen in diesem Bereich

⁵ Die grosse Mehrheit (76 %) der Vertreterinnen und Vertreter der befragten kantonalen Organisationen ist der Ansicht, dass es den Eltern, mit denen sie zu tun haben, mittelmässig geht. Hingegen ist eine von sechs befragten Personen (16 %) der Meinung, dass es ihnen schlecht geht.

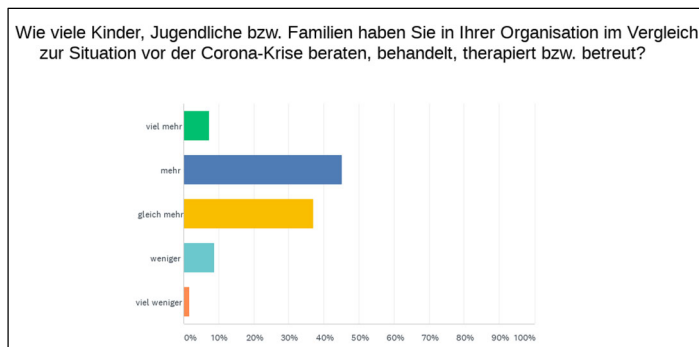
gehören mehr Schulabsentismus, vermehrt von Schule und Ausbildung «abgehängte» Kinder und Jugendliche, eine Zunahme von Belastung und Stressempfinden bei den Kindern und Jugendlichen und weniger Optionen bei der beruflichen Orientierung.

Arbeitskontext der Leistungserbringer in der Kinder- und Jugendhilfe

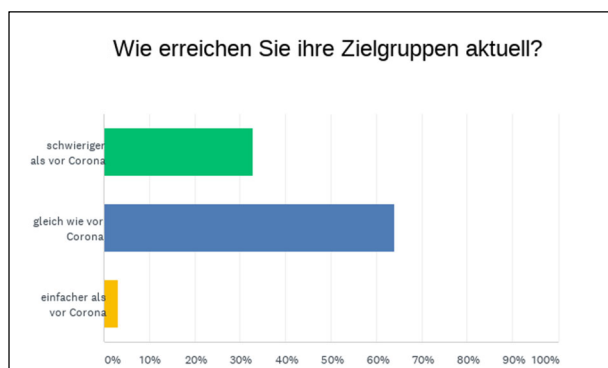
In Bezug auf die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfeorganisationen hat fast die Hälfte der Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Organisationen geantwortet, **dass sie in ihrer Organisation im Vergleich zur Situation vor der Corona-Krise gleich viele Gefährdungsmeldungen, Zuweisungen oder Neueintritte erhalten haben (43 %).** Die andere Hälfte berichtete, **dass es mehr gab (41 %).** Etwas weniger als eine von zehn Personen (9,84 %) gab an, dass es viel mehr seien.



Von den Vertreterinnen und Vertretern der befragten kantonalen Organisationen gab etwas weniger als eine von zwei Personen (45 %) an, dass im Vergleich zur Situation vor der Corona-Krise **in ihrer Organisation mehr Kinder, Jugendliche oder Familien beraten, behandelt, therapiert bzw. betreut wurden.** Ungefähr eine von drei Personen (37 %) schätzt, dass es gleich viele sind.



Auf die Frage schliesslich, wie die Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Organisationen aktuell ihre Zielgruppen erreichen, antworteten rund **zwei Drittel der Befragten (64 %), dass sie diese gleich wie vor Corona erreichen.** Für ein Drittel der Befragten (33 %) ist es **schwieriger als vor der Pandemie. Jugendliche (ab 16 bis 25) und Familien in prekären Verhältnissen** sind die zwei Zielgruppen, die gemäss Angabe der Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Organisationen am schwierigsten zu erreichen sind.



Beispiele guter Praktiken, die eingeführt worden sind

Generell wiesen die Verantwortlichen für Kinder- und Jugendpolitik darauf hin, dass in den Kantonen im Zuge der Corona-Pandemie in der Kinder- und Jugendhilfe zahlreiche **innovative Lösungen** für die Betreuung, Unterstützung und Beratung von Kindern, Jugendlichen und Eltern (insbesondere in den Bereichen Kinder- und Jugendschutz und Offene Kinder- und Jugendarbeit) entwickelt und eingeführt worden sind, namentlich durch die stärkere Nutzung von digitalen Kommunikationsmitteln. Betont wird zudem die **vermehrte Koordination und Kooperation zwischen den kantonalen Akteuren.**

Schliesslich wird auch die Verstärkung der Unterstützungsangebote erwähnt (z. B. psychologische und psychische Unterstützung für Kinder und Jugendliche, schulpädiologischer Dienst, Schulsozialarbeit, sozialpädagogische Familienbegleitung, Coaching für Jugendliche, Unterstützung bei der beruflichen Orientierung, Freizeitangebote, Unterstützung für Familien in Schwierigkeiten).

Die Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Organisationen, die zu diesem Thema ebenfalls befragt wurden, nannten als Beispiele guter Praktiken **den Aufbau neuer Dienstleistungen, die Erweiterung bestehender Dienstleistungen, die vermehrte Nutzung digitaler Kommunikationsmittel und mehr Kontakte via Telefon und soziale Netzwerke, die Stärkung der Koordination und Kooperation zwischen verschiedenen Stellen sowie Praxisanpassungen in gewissen Bereichen**, mit namentlich einer stärkeren Nutzung des öffentlichen Aussenraums oder der Intensivierung der Betreuung während einer gewissen Dauer.

4. Generelle Feststellungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe

In der Umfrage haben sich hauptsächlich drei Feststellungen herauskristallisiert. Als Erstes haben die Ergebnisse gezeigt, dass **die Gesundheitskrise vor allem bereits bestehende Probleme verschärft hat**. Diese Feststellung gilt in erster Linie für das betroffene Zielpublikum, das heisst die Kinder und Jugendlichen, für die gewisse Schwierigkeiten und Probleme wegen der Pandemie ein grösseres und schwerwiegenderes Ausmass angenommen haben (Depression, Angst, Schwierigkeiten, ein Praktikum oder eine Lehrstelle zu finden, usw.). Sie gilt aber ebenso für die Einrichtungen und Unterstützungsangebote, wo sich die bereits erkannten und bekannten Defizite (insbesondere im Bereich der psychologischen und psychischen Unterstützung) in Krisenzeiten als sehr viel problematischer herausgestellt haben.

Verknüpft mit dieser ersten Feststellung geht aus der Umfrage zweitens hervor, dass **der erhebliche Einfluss der Gesundheitskrise auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen** – eine Feststellung, die nicht neu ist und in zahlreichen Studien zum Thema bekräftigt wurde – für die befragten Personen zweifellos eine der grössten Sorgen darstellt. In dieser Situation betrachten zahlreiche Fachleute den bereits vor der Pandemie bekannten Mangel an ambulanten wie stationären Unterstützungsangeboten in diesem Bereich mittlerweile als eines der Probleme, das prioritär angegangen werden muss. In diesem Zusammenhang hat die Umfrage einen wichtigen Aspekt aufgezeigt: **Angesichts des Mangels an Angeboten im Bereich der psychischen und psychologischen Gesundheit engagieren sich derzeit die übrigen Leistungserbringer der Kinder- und Jugendhilfe in solchen Situationen** (z. B. Schulsozialarbeit, sozialpädagogische Familienbegleitung, Beiständinnen und Beistände), und dies wird weiterhin der Fall sein, bis ausreichend Angebote und Ressourcen im Bereich der psychischen Gesundheit zur Verfügung stehen. In der Zwischenzeit ist es daher essentiell, dass solche Leistungen vorhanden sind, und die Angebote im Kinder- und Jugendhilfebereich unter Berücksichtigung des jüngsten Nachfrageanstiegs auch generell gestärkt werden. Die Gesundheitskrise hat denn auch besonders verdeutlicht, dass **der Kinderschutz eine Gemeinschaftsaufgabe ist, für die sich zahlreiche Akteure in der Praxis die Verantwortlichkeit teilen**.

Die dritte wichtige Feststellung aus der Umfrage schliesslich ist Folgende: **Die verletzlichsten Familien zu erreichen, ist in der Gesundheitskrise tendenziell noch schwieriger geworden**, als es bei dieser Zielgruppe bereits in normalen Zeiten war. Damit ist die Arbeit der Fachleute bei diesen besonders verletzlichen Zielgruppen mit der Gesundheitskrise noch komplexer geworden. Diese Feststellung sollte die kantonalen Verantwortlichen dazu bewegen, Strategien auszuarbeiten, wie die Betreuung von Kindern und Jugendlichen aus solchen Familien in einer Gesundheitskrise verstärkt werden kann.